

HIROSHIMA mahnt!

„Wenn die Welt ihren Kurs nicht ändert, riskieren wir die Selbstzerstörung. Wir brauchen dringend einen Fahrplan für die Abrüstung von Atomwaffen.

Wir dürfen nicht länger dem Irrglauben anhängen, dass das Streben nach Atomwaffen bei einigen Ländern moralisch verwerflich ist, während wir bei anderen moralisch akzeptieren, dass sie für ihre Sicherheit auf Atomwaffen bauen.“

Mohamed el Baradei,
Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation.



62 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Am 6. August um 8 Uhr 15 Minuten und siebzehn Sekunden Ortszeit wurde die Atombombe "Little Boy" in fünfhundertachtzig Metern Höhe über der japanischen Stadt Hiroshima von dem amerikanischen B-29-Bomber mit dem Namen "Enola Gay" abgeworfen.

Im Umkreis eines halben Kilometers um den "Ground Zero" waren 90% der Menschen sofort tot. Im Zentrum der Explosion lag die Temperatur eine Sekunde lang zwischen 3.000 und 4.000 Grad Celsius. Hier verdampfte alles und nur die Schatten der Menschen und Häuser blieben übrig. Am Ende des Tages waren nach Schätzungen mindestens 45.000 Menschen gestorben - und nach unsäglichen Qualen folgten in den nächsten Tagen noch viele.

Die zweite Atombombe wurde aufgrund ihrer Form "Fat Man" genannt. Sie wurde am 9. August um 11 Uhr und 2 Minuten Ortszeit auf die Stadt Nagasaki abgeworfen und explodierte in einer Höhe von etwa 500 Metern. 22.000 Menschen starben am Tag des Angriffs, 42.000 wurden verletzt.

Vor 50 Jahren: Göttinger Appell

Die Bomben von Hiroshima und Nagasaki sind ewige Mahnung und friedenspolitischer Auftrag zum Handeln. Ziel muss die Entwicklung von Gesellschaften sein, die den Einsatz dieser Waffe ablehnen und eine Welt ohne Krieg und militärische Bedrohung vorbereiten.



Mahnmal Hiroshima

In diesem Jahr jährte sich zum 50. Mal die Veröffentlichung des "Göttinger Appell" (12. April 1957). Damals warnten 18 bekannte Atomwissenschaftler (darunter berühmte Naturwissenschaftler wie Max Born, Carl Friedrich von Weizsäcker, Werner Heisenberg, Otto Hahn) vor den Gefahren einer damals heftig diskutierten atomaren Aufrüstung in Deutschland: "Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet." Zwar ist die Bundeswehr bis heute nicht mit atomaren Waffen ausgestattet, jedoch ist der Wunsch, über solche mit zu verfügen („Nukleare Teilhabe“) nie aufgegeben worden. Leider enthält auch das neue "Weißbuch Bundeswehr" keinen Hinweis auf einen Verzicht auf Nukleare Teilhabe.

Atomwaffensperrvertrag: Abrüstung ist möglich

Der 1970 in Kraft getretene Atomwaffensperrvertrag (NPT) hat einen wesentlichen Anteil an der Verhinderung einer Weiterverbreitung von Kernwaffen geleistet. Nachdem sich nach dem Ende des Kalten Krieges noch einmal mehr als 40 Staaten, darunter Frankreich, Kuba und die Volksrepublik China, dem Vertrag angeschlossen haben, erfasst er nunmehr fast die gesamte Weltgemeinschaft.

Mit Südafrika gehört ein Land dazu, das sein gesamtes Kernwaffenarsenal vernichtet hat. Brasilien und Argentinien verfolgten früher nukleare Ambitionen und sind heute Teilnehmer des Vertrages von Tlatelolco (Kernwaffen-freie Zone in Lateinamerika) und unterliegen damit internationalen Kontrollen. Die Ukraine und Kasachstan, auf deren Territorium sowjetische Kernwaffen stationiert waren, sind Vertragspartner des NPT und kernwaffenfrei, lediglich noch drei Staaten stehen dem NPT abseits: Israel, Indien, Pakistan und -erneut - Nordkorea.

Dass die Verbreitung von Kernwaffen nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Weltpolitik geblieben ist, zeigt die aktuelle Diskussion über das Uran-Programm des Iran.

Raketen abrüsten statt abwehren

Der Kalte Krieg ist vorbei. Doch die Atomwaffen verschwinden nicht aus den Arsenalen. Im Gegenteil: In der neuen Weltordnung bekommen sie wieder einen zentralen Stellenwert. Unter US-Präsident Bush haben sich die Chancen für internationale Ab-

rüstung von Atomwaffen in dramatischer Weise verschlechtert. Jüngstes Beispiel ist die Ankündigung, in Osteuropa ein Raketenabwehrsystem zu stationieren. Es ist zu befürchten, dass ein solches Abwehrsystem die atomare Rüstungsspirale erneut in Gang setzen könnte.

Die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki, appellieren an uns alle, gemeinsam großen Druck auf die Regierungen auszuüben. Ziel ist die verbindliche Vereinbarung eines Zeitplans für die Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2020. Auch in Deutschland lagern noch US-Atomwaffen. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, sich für den Abzug aller atomaren Sprengköpfe in Deutschland einzusetzen.



Heidenheim ist Mitglied der Städte gegen Atomwaffen

„Mayors for Peace“

Wir fordern den Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim Bernhard Ilg und den Gemeinderat auf:

Sich nicht nur an runden Jahrestagen dieser Friedensinitiative zu besinnen, sondern sich aktiv an den jährlichen Heidenheimer Friedenstagen und dem Antikriegstag zu beteiligen und diese Tage auch finanziell zu unterstützen.

Die Forderungen der DKP

Die DKP fordert die Bundesregierung auf, ihrerseits alles für die Durch- und Umsetzung des Kernwaffenteststopp-Vertrages und des Atomwaffensperrvertrages zu tun.

Die DKP fordert:

Sofortiger Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden; Abbau aller deutschen Kapazitäten zur industriellen Anreicherung waffenfähigen Urans; sofortige Einstellung aller Atombombenversuche und die Durchsetzung des Kernwaffenteststopp-Vertrages; konsequente Umsetzung des Atomwaffensperrvertrages von 1968, der zur atomaren Abrüstung und zu Verhandlungen „über einen Vertrag zu allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer Kontrolle“ verpflichtet, in den EU-Ländern und weltweit; Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa und anderen Regionen der Welt.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten treten für eine atomwaffenfreie Welt ein. Wir fordern die Ächtung und Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel!